

»ABSTIMMUNGEN HALTE ICH NICHT FÜR DIE RICHTIGE VORGEHENSWEISE«

Interview Bürgerbeteiligung ist entscheidend für die Akzeptanz von Erneuerbaren-Projekten. Der Berater Gernot Barth hat sich auf Beteiligungsformate spezialisiert und verrät, worauf Vorhabenträger besonders achten müssen

Herr Barth, der »Steinbeis BürgerbeteiligungsReport 2023« hat die Einstellung der Bevölkerung zur Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten in Deutschland untersucht. Was bedeuten die Ergebnisse für Energieversorger und Netzbetreiber, die neue Projekte planen?

Die Vorhabenträger müssen grundlegend mehr in Bürgerbeteiligung investieren. Entweder, indem sie eine externe Agentur engagieren oder indem sie jemanden fest anstellen. Zudem müssen sie alle Kommunikationswege beschreiten und damit so frühzeitig wie möglich anfangen.

Was bedeutet »frühzeitig« konkret?
Bürgerbeteiligung macht Sinn, sobald die ersten Ideen für ein neues Infrastrukturprojekt in den Planungsbüros vorliegen. Auch wenn der genaue Verlauf des Vorhabens noch nicht feststeht, sollte mit der Einbindung der Bevölkerung begonnen werden. Vorhabenträger sollten keine Angst vor einem »zu früh« haben.

Die größten Bedenken – das zeigte Ihr Report – haben Bürger, was Eingriffe in das Landschaftsbild angeht. Woran liegt das?
Hier ist vor allem die demografische Entwicklung zu nennen. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Dies bleibt nicht ohne Folgen. Die ältere Generation tut sich schwerer, mit Veränderungen umzugehen als die jüngeren Jahrgänge. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sie bei Demonstrationen gegen neue Infrastrukturprojekte sehr viel häufiger anzutreffen ist. Das hat zum Beispiel der Protest gegen den Tesla-Standort Grünheide in Brandenburg gezeigt. Besonders auf Eingriffe in die Landschaft vor ihrer Haustür reagieren ältere Menschen sensibel, da sie darin eine Bedrohung ihrer angestammten Heimat sehen. Deshalb ist es wichtig, bei Infrastrukturprojekten auf adäquate Ausgleichsmaßnahmen zu achten. Sie können im Idealfall dazu beitragen, dass die Landschaft nachher sogar besser aussieht als vorher. Gerade in Ostdeutschland – wenn wir an Tagebaufolgeflecken denken – gibt es viel Potenzial.

Was bedeutet das für Windkraftprojekte?
Hier spielt die Nabenhöhe eine Schlüsselrolle. In Schleswig-Holstein ist die Zustimmung zu Windkraftprojekten deutlich höher als in anderen Regionen. Das liegt auch daran, dass Windräder dort an sensiblen Stellen nicht so hoch gebaut werden. Damit greifen sie nicht so stark in die Landschaft ein.

In einigen Gemeinden, die von dem geplanten Windkraftprojekt Altötting in Bayern betroffen sind, haben sich die Bürger kürzlich mehrheitlich gegen das Vorhaben ausgesprochen. Was ist da schiefgelaufen?
Die Nutzung von Wäldern für Windparks wie hier im Altöttinger und Burghauser Forst ist allgemein schwierig. Auch die Masse und die Höhe der Windräder hat eine wichtige Rolle gespielt. Hinzu kommt die mangelnde Erfahrung der Bevölkerung in der Region Südostbayern mit dem



Die Baustelle der Tesla-Gigafactory in Brandenburg im April 2021. Das Projekt rief Proteste hervor.

Bild: © KarachoBerlin/Adobe Stock



Bild: © Dirk Brzoska

Gernot Barth
ist Leiter des Beratungsinstituts »IKOME« | Steinbeis Mediation.

»
Besonders auf Eingriffe in die Landschaft vor ihrer Haustür reagieren ältere Menschen sensibel, da sie darin eine Bedrohung ihrer angestammten Heimat sehen.«

Ausbau der Windenergie, die hier bislang keine allzu große Rolle spielt. Die Bürgerentscheide gegen den Windpark lehren, dass Vorhabenträger lernen müssen, noch besser zuzuhören und zu akzeptieren, dass sie vielleicht nicht in jedem Fall das Maximum erreichen können.

Welche Rolle spielen die Gemeinden?
Die Einbindung der Kommunen ist ein grundlegender Bestandteil jedes Beteiligungsprozesses bei Infrastrukturprojekten. Es ist ganz entscheidend, wie die betroffenen Landräte, Bürgermeister und Gemeinderäte zu dem Vorhaben stehen. Deshalb sollten die Vorhabenträger mit ihnen als allererstes das Gespräch suchen. Wichtig ist, wie bei den Bürgern auch bei den Kommunen, nicht mit fertigen Lösungen reinzugehen, sondern diese an der Lösungsfindung zu beteiligen.

In dem Projekt in Altötting waren die Gemeinderäte dafür, wurden aber teilweise von Bürgerentscheiden überstimmt. Wie ordnen Sie das ein?
Abstimmungen halte ich bei Infrastrukturprojekten grundsätzlich nicht für die richtige Vorgehensweise. Die Vorhabenträger sollten den dialogischen Prozess so lange führen, bis eine akzeptable Lösung für alle Beteiligten gefunden ist. Als Vorhabenträger brauche ich dazu Spielräume. Ich bekomme nicht immer das, was ich haben möchte.

Sie sind selbst als Mediator tätig. Wann ist es aus Ihrer Sicht sinnvoll, einen externen Vermittler einzuschalten?
Reine Informationsveranstaltungen zu Infrastrukturprojekten, bei denen kein nennenswerter Widerstand zu erwarten ist, können von Projektverantwortlichen des Vorhabenträgers übernommen werden. Ansonsten ist es angesichts des eskalierten Zustands, in dem sich unsere Gesellschaft befindet, sehr hilfreich, einen externen Vermittler einzuschalten. Gerade im Umgang mit Gruppen, die harten Widerstand leisten, ist der Einsatz neutraler Mediatoren sinnvoll, die kein unmittelbares Interesse an dem Vorhaben haben und allparteilich auftreten.

Sie werden doch aber von den Vorhabenträgern engagiert?
Ja, aber dies heißt nicht, dass ich als Vermittler Handlanger des Vorhabenträgers bin. Dies ist gegenüber den Bürgern klar und deutlich herauszustellen. Ein Vermittler sollte idealerweise einen regionalen Bezug haben und die Sprache der Men-

schen vor Ort sprechen. Außerdem sollte er Erfahrungen in der Vermittlung haben und Mediationsfähigkeiten mitbringen. Das geht über die reine Moderation hinaus. Ich muss als Vermittler gezielt nachfragen, worum es Bürgern geht. Nur so kann ich ihre Bedürfnisse erkennen. Moderatoren haben dies meist nicht gelernt.

Der Widerstand ist in manchen Regionen höher. Was wäre Ihre Lösung?
Wie wir aus Studien wissen, steigt die Akzeptanz für Infrastrukturprojekte im unmittelbaren Wohnumfeld, wenn die Anwohner und die Gemeinden, denen sie angehören, angemessen von ihnen profitieren. Dies kann in Form einer attraktiven finanziellen Beteiligung, eines günstigen Strombezugs oder gezielten Aufträgen für lokale Unternehmen erfolgen. Hierauf sollten die Vorhabenträger sehr viel stärker achten. Tun sie dies nicht, ist mit wachsenden Widerständen zu rechnen. Wir sehen dies in allen Regionen, in denen sich die Bevölkerung ungerecht behandelt fühlt. Brandenburg etwa verfügt nach Niedersachsen über die meisten Windkraftanlagen und hat gleichzeitig einen der höchsten Strompreise in Deutschland. Das passt nicht zusammen.

Geht noch mehr finanzielle Beteiligung?
Ja, gerade bei Windenergieprojekten ist das sicher noch mehr möglich, wie ich bereits an anderer Stelle betont habe. Die Profitabilität der Anlagen ist enorm. Deshalb sollten die Anlagenbetreiber die Bürger und Kommunen finanziell noch stärker beteiligen. Hier ist auch die Politik gefordert. Der Paragraph 6 aus dem EEG sieht eine Beteiligung von 0,2 Cent pro Kilowattstunde im Regelfall vor. Da ist eindeutig mehr drin. Denn letztlich geht es um Gemeinwohlinteressen. Hier besteht Regelungsbedarf. Das können wir nicht dem Markt allein überlassen.

Die Fragen stellte Julian Korb

19.–21.
JUNI
2024

MESSE MÜNCHEN
**Europas größte
Messeallianz für die
Energiewirtschaft**

Energieversorgung von morgen:
erneuerbar, dezentral und digital

Sektorübergreifend: vernetzte Energielösungen für Strom, Wärme und Verkehr

Impulsgeber: von neuesten Markteinblicken über umfassendes Know-how bis hin zu Best Practices

Branchentreffpunkt:
115.000+ Energieexperten und 2.800+ Aussteller auf vier parallelen Fachmessen

Werden Sie Teil der führenden Energiefachmessen und -konferenzen The smarter E Europe